

## **Presseerklärung zur IHK-Studie "Investitionslücke am Mittleren Niederrhein": Chemische Industrie für Krefeld entscheidend**

Die FDP-Stadtratsfraktion reagiert auf die IHK-Studie zu den Investitionen am mittleren Niederrhein mit dem Appell, mehr Augenmerk auf Krefeld als Chemiestandort zu legen.

"Wenn in Krefeld 63 Prozent der Gesamtinvestitionen von der chemischen Industrie erfolgen, sollte man dies stärker in der Stadtentwicklung berücksichtigen", fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann, der auch dem Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft angehört.

Die FDP spricht konkret das Projekt "Rheinblick" an, die geplante Wohnbebauung am Rhein in der Nähe des Chem-Parkes: "Für Krefeld als Chemiestandort ist es von entscheidender Bedeutung, dass nicht nur der Bestand der Industrie gestützt wird, sondern auch deren Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden."

Die FDP plädiert deshalb dafür, "über Alternativen zur Wohnbebauung jetzt nachzudenken, z.B. kleine und mittlere Unternehmen und Dienstleister."

"Die Arbeitsplätze bei Lanxess, Huntsman und Covestro sind uns im Zweifel wichtiger als schicke Lofts am Rhein, mit denen sich einige Uerdinger Kommunalpolitiker ein Denkmal setzen wollen."

Zu den zu beachtenden Rahmenbedingungen gehöre auch die Verkehrsinfrastruktur. Die FDP nennt als Beispiele die "optimierbare" Zu- und Ausfahrt des Chemparks an der Duisburger Straße und die immer größer werdende Bedeutung der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene, insbesondere den Eisernen Rhein.

"Wir sehen uns aber auch in der Pflicht, dem zunehmenden Fachkräftemangel durch ein qualifiziertes Bildungsangebot vor Ort entgegenzuwirken und denken hier an die Berufskollegs und vor allem an das Uerdinger mit seiner naturwissenschaftlichen Ausrichtung."

Die Schaffung von Facharbeitsplätzen "vor Ort" sei auch im Hinblick auf das sinkende Rentenniveau wichtig: "Wir sind mit dem DGB-Kreisverbandsvorsitzenden Ralf Köpke der Meinung, dass für Niedriglohnbezieher Altersarmut und im Endeffekt höhere Sozialkosten der Kommune drohen."